



## Österreichischer Naturschutzbund

Landesgruppe O.Ö.  
Ursulinenhof, 2. Stock  
4010 Linz, Postfach 184

Girokonto 0919 - 002600 bei der Allgemeinen Sparkasse  
Linz; deren Postscheckkonto: 4385.903

Linz, 28. April 1976

An den

Raumordnungsbeirat beim Amt  
der O. Ö. Landesregierung

zu Händen

- 1) des Vorsitzenden  
Herrn Landeshauptmann  
Dr. Erwin W E N Z L
- 2) des Vorsitzenden-Stellvertreters  
Herrn Landeshauptmann - StV  
Dr. Rupert H A R T L
- 3) in Ablichtung an sämtliche  
Mitglieder des Beirates

Aus Anlaß der bevorstehenden Sitzung des Raumordnungsbeirates, in der vornehmlich die im Zusammenhang mit der geplanten Industrialisierung der "Entwicklungssachse Linz - Enns - Perg" stehenden Probleme in grundsätzlicher Sicht behandelt werden sollen, hat sich der Vorstand des Österreichischen Naturschutzbundes, Landesgruppe O. Ö., in mehreren Sitzungen gründlich mit diesen brennenden Problemen befaßt und ist hiebei einhellig zu folgender Stellungnahme gelangt, die wir hiemit dem Beirat zur eingehenden Erwägung vorlegen:

Gegen die im "Gestaltungsmodell für die Entwicklungssachse Linz - Enns - Perg" ausgearbeiteten Pläne für die intensive Industrialisierung des Raumes Linz - Asten - Enns - Mauthausen - Perg müssen aus den folgenden Gründen schwerste Bedenken erhoben werden:

- 1.) Mit der Vernichtung der noch relativ gesunden Naturlandschaft und der anschließenden landwirtschaftlichen Gebiete des betroffenen Raumes würde das ökologische Gleichgewicht des gesamten Gebietes des östlichen Zentralraumes weiterhin empfindlich gestört.
- 2.) Die Lebensqualität der Bevölkerung dieses Raumes würde durch den Verlust von wertvollen Naherholungsgebieten sowie durch die gesundheitliche Gefährdung infolge industrieller Immissionen an Giftgasen, Staub und Schadstoffen usw. entscheidend herabgesetzt werden.
- 3.) Darüber hinaus würde die Bevölkerung von mehreren größeren Siedlungsgebieten dieses Raumes (z.B. Steyregg, Raffelstetten, Traun-

dorf, Pichling, usw., usw.) der außerordentlichen menschlichen Härte und psychologischen Belastung einer gänzlichen **A b s i e - d e l u n g** ausgesetzt, wobei keineswegs die Garantie einer Wiederansiedelung in qualitativ auch nur annähernd gleichwertigen Wohnungen und Wohngebieten gegeben ist oder aber eine weitere Zerstörung und Zersiedelung anderer Landschaftsgebiete bzw. eine Überlastung des Ballungsraumes eintreten würde.

- 4.) Die landwirtschaftliche Produktion würde sowohl durch den unmittelbaren Verlust besonders wertvoller und fruchtbarer Bodenfläche als auch ebenfalls durch Emissionen der Industrie und des Verkehrs sowie durch ungünstige Beeinflussung der Grundwasserverhältnisse usw. sowohl quantitativ als auch **q u a l i t a t i v** schwer beeinträchtigt.
- 5.) Die Bevölkerungsstruktur Oberösterreichs würde sich weiterhin durch verstärkte Konzentration in den Ballungsgebieten des Zentralraumes und durch Auslaugung der ländlichen Randgebiete in ungesunder Weise verändern.
- 6.) Darüber hinaus aber würden auch die erhofften positiven wirtschaftlichen Auswirkungen - insbesondere hinsichtlich der Krisenfestigkeit unserer Wirtschaft und der dauernden Sicherung von zusätzlichen Arbeitsplätzen - **z u m i n d e s t** auf weitere Sicht sicherlich **n i c h t** eintreten, vielmehr auch diesbezüglich negative Auswirkungen zu erwarten sein.
- 7.) Die Beschäftigung der **v o r ü b e r g e h e n d** (bis etwa Mitte der Achtziger Jahre) in erhöhter Anzahl in das Erwerbsleben tretenden Arbeitskräfte wäre durch andersartige, vorsichtig geplante wirtschaftspolitische Maßnahmen viel zweckmäßiger und sicherer möglich, und zwar ohne die unter 1.) bis 5.) angeführten dauernden schweren Schäden, die eine schwere Beeinträchtigung und Reduzierung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zur Folge hätten.

Hiezu sei im einzelnen Folgendes ausgeführt:

Zu 1.):

Über die schon durch den Kraftwerksbau Abwinden unvermeidliche Landschaftsveränderung und Vernichtung von Auwäldern hinaus (die durch ersatzweise Aufforstungen sowie Dotierungsbauwerke nur teilweise

wettgemacht werden können), würden durch die vorgesehenen Industrieanlagen, vor allem der VÖEST und der Chemie Linz AG, das gesamte bisher verhältnismäßig unversehrte Landschaftsgebiet der Donauauen mit ihrem außerordentlichen biologischen Wert für die gesamte Umgebung, ebenso wie die anschließenden landwirtschaftlichen Gründe ihrer bisherigen Bestimmung entzogen. Anstelle eines Grünlandgebietes mit sauerstoffreicher Luft, durch welches das schon durch die bisherige Großindustrie bekannt schlechte Linzer Klima noch einigermaßen verbessert wurde, würden neue Quellen der Umweltverschmutzung entstehen. Damit aber würde auch die gesamte Tier- und Pflanzenwelt der anschließenden Gebiete des südlichen Mühlviertels sowie der Höhen zwischen St. Florian und Ebelsberg reduziert und das biologische Gleichgewicht noch mehr als schon bisher zerstört. Gewisse im Planungsmodell ange deutete Ausgleichsmaßnahmen (wie z.B. die Pflanzung von Schutzwaldstreifen u.dgl.) stellen u.E. lediglich biologische "Kosmetika" dar, die die schweren Beeinträchtigungen niemals ausgleichen können. Die etwas größere Entfernung des Haupthüttenwerkes der VÖEST von Linz würde durch die Gesamtbelastung des Luftraumes durch zusätzliche Emissionen mehr als wett gemacht.

Zu 2.):

Damit aber erleidet die Bevölkerung des gesamten Großraumes von Linz einen weiteren empfindlichen Verlust an Lebensqualität und ist noch erhöhter gesundheitlicher Gefährdung ausgesetzt. Schon der Verlust des östlichen Naherholungsraumes der Auegebiete zwischen Pichling, Asten und Enns sowie der erwähnten Waldgebiete des südwestlichen Mühlviertels und St. Florians (die noch mehr als jetzt schon die Wälder in der Umgebung von Steyregg, des Pfenningberges, des Pulgarner Waldes usw. unter der Fernwirkung der industriellen Abgase dahinkümmern würden), wäre für die Bewohner des östlichen Teiles des Zentralraumes eine wesentliche Minderung der Wohnqualität.

Noch schwerer wiegen jedoch die zu erwartenden gesundheitlichen Schädigungen. Eindeutig wird im Gutachten des Klimatologen Dr. Mahringer sowie von anderer Seite die bekannte Tatsache der außerordentlich geringen Luftbewegung und häufigen gänzlichen Windstille sowie besonders die weit überdurchschnittliche Nebelhäufigkeit im Linzer Becken als Gefährdung herausgestellt, die zusätzliche Umweltschutzmaßnahmen der Industrie erfordern würde. Jedoch manche Vorkehrungen, wie z.B.

die Höhe der Emissionsstellen (möglichst hohe und entsprechend teure Schornsteine) sind zweiseitig, weil durch sie zwar die nähere Umgebung etwas geschützt, dafür aber die weitere Umgebung sowie die umliegenden Berghöhen mit ihren Wäldern und Fluren umso mehr belastet werden. Im Gutachten des Lufthygiene-Fachmannes des Magistrates Linz und Gutachters der Chemie Linz AG, Dipl.Chem. DDr. Frenzel, werden daher objektiverweise zahlreiche Wohngebiete, für die nicht die gänzliche Absiedelung empfohlen wird (siehe später) als Gebiete mit schlechtester Wohnqualität gekennzeichnet. In der Schriftenreihe des Amtes der O.Ö. Landesregierung erklärt Dr. Lennart-Rüdiger Schmeiss (zitiert im Gestaltungsmodell Seite 52 ff) von den Abgas- und Schadstoff-Emissionen, die in Verbindung mit anhaltenden Nebellagen auftreten, daß diese nicht nur sich "ungünstig auf den menschlichen Organismus auswirken", sondern sogar "bis zum Tode führen" können!

Sämtliche den Industriebetrieben vorzuschreibenden Maßnahmen zum Emissions- und Umweltschutz sind aber aus mehreren Gründen unzureichend:

a) Sie v e r m i n d e r n z w a r (mehr oder weniger), - aber sie v e r h i n d e r n n i c h t die einzelnen Emissionen; wenn daher die Gesamtzahl der Emissionsquellen durch weitere Industrialisierung sehr vergrößert wird, so würde, - selbst wenn alle Vorschriften genau und dauernd eingehalten würden (was eine wesentliche wirtschaftliche Belastung der neuen Betriebe nach sich ziehen würde) - die Gesamtverschlechterung der Atemluft und des Klimas doch unvermeidlich sein.

b) Wie man aus der bisherigen Praxis weiß, halten sich die Betriebe aber meist nicht oder nicht lange an die behördlichen Vorschriften, weil es einerseits an wirksamen Kontrollmöglichkeiten mangelt, andererseits aber derartige Vorschriften meistens (wie auch DDr. Frenzel in seinem Gutachten ausdrücklich betont) nur unter der Bedingung der "wirtschaftlichen Zumutbarkeit" auferlegt werden, d.h. - solange nicht wirksame internationale Umweltschutz-Vereinbarungen für sämtliche Industriestaaten bestehen - wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit rechtlich oder zumindest faktisch außer Kraft gesetzt werden.

c) Außerdem wird in mehreren Gutachten betont, daß die Industrie ihre Absichten größtenteils noch geheim hält, um nicht allzu große Widerstände auf den Plan zu rufen, weshalb man manche Auswirkungen

überhaupt noch nicht in ihrer ganzen Tragweite beurteilen kann.

d) Für Österreich gibt es noch keine gesetzliche Regelung der Emissions-Grenzwerte, weshalb man sich an den in der Bundesrepublik geltenden Regelungen orientiert, deren Festlegung aber dort, wie sich gezeigt hat, zum Teil mehr von den wirtschaftlichen Interessen der Industrie als von den gesundheitlichen Notwendigkeiten für die Bevölkerung diktiert worden sein dürfte. Lediglich für SO<sub>2</sub> gibt es in Österreich Richtwerte, die in Linz aber zum Teil erheblich überschritten werden, durch die eventuelle Errichtung einer Raffinerie jenseits der Enns aber in katastrophaler Weise übersteigert würden.

Zu 3.):

Besonders schwerwiegend scheint uns aber die wahrscheinlich von den Planern von vornherein einkalkulierte, aber im Gutachten von DDR. Frenzel ausdrücklich geforderte vollständige Absiedelung von großen Siedlungsgebieten, wie Raffelstetten, Ipfdorf, Fisching, Bereich des Bahnhofes Asten - St. Florian, Pichling, Traundorf, Oiden, Steyregg, Mauthausen u.a., während die Wohngebiete von Ufer und Ebelsberg sowie des Franckviertels "schwerstens beeinträchtigt" bezeichnet werden, also auch deren Absiedlung richtig wäre.<sup>+)</sup> Diese Notwendigkeit scheint uns aber nicht nur wegen der außerordentlichen Inhumanität und Härte gegen alle jene, die selbst bei hoher Entschädigung sich nicht ihre Heimstätte und Heimat rauben lassen wollen, und nicht nur wegen des riesigen volkswirtschaftlichen Gesamtverlustes an bestehenden Wohnkapazitäten samt Infrastruktur, sondern vor allem auch deshalb ungeheuerlich, weil damit unvermeidlich eine weitere Ballungs-Verdichtung der übrigen Gebiete des Zentralraumes eintritt. - Außerdem werden sie nie oder in den seltensten Fällen q u a l i t a t i v gleichwertigen Ersatzwohnraum finden: Anstatt eines liebevoll errichteten Eigenheimes im Grünen werden sie größtenteils in die vorgesehenen hochgeschossigen Betonklötze "moderner" Prägung untergebracht werden, die nach vielfachen ärztlichen und psychologischen Gutachten für die

---

+) In einem Nachtrag zu seinem Gutachten weist DDR. Frenzel auf die ganz besondere Gefährlichkeit der mit den hiesigen Industrialisierungsplänen in engem Zusammenhang stehenden Pläne des Landes Niederösterreich hin, die auf eine Industrialisierung des anschließenden Raumes zwischen Enns, Mauthausen und St. Valentin abzielen, und erklärt insbesondere hinsichtlich der von der Chemie Linz AG unterstützten Errichtung einer Raffinerie, daß dadurch sogar die weitere Eignung der Stadt Enns als Wohngebiet - auch bei Pflanzung eines Emissions-Schutzwaldes - völlig in Frage gestellt würde.

körperliche wie für die psychische Gesundheit der Menschen mit größten Nachteilen verbunden sind, gleichwohl aber von einem Teil unserer derzeit maßgebenden Städteplaner und Architekten immer wieder errichtet und womöglich als "Fortschritt" gepriesen werden. (Krasse Beispiele: "Lentia 2000" und Harter Plateau!)

Zu 4.) :

Seitens der Landwirtschaft wurde bereits in zahlreichen Fällen, insbesondere auch bei ihrer Stellungnahme gegen die Hypertrophie des Straßenbaues durch den Bau etwa der S 38 (Wels - Linz) und der S 37 (Linz - Steyr) gegen die Inanspruchnahme wertvollsten landwirtschaftlichen Bodens Stellung genommen, ebenso wie seitens der Natur- und Umweltschutzverbände gegen die dadurch bedingte Landschaftszerstörung. Im noch höheren Maße gilt dies für die vorliegenden Überindustrialisierungspläne des Raumes Linz - Enns - Perg, durch die Naturlandschaften durch Beton- und Asphalt-Wüsten ersetzt und Landwirtschafts- und Forstgebiete der Umgebung durch Immissionen in ihrer Lebensfähigkeit und biologischen Funktion schwerstens gefährdet würden.

Bei dem heute bereits erreichten Stand der Industrialisierung unseres Bundeslandes scheint uns der im Planungsmodell vorausgesetzte Vorrang der Industrie vor den Erfordernissen der Wohngebiete und der Landwirtschaft keineswegs mehr berechtigt. Vielmehr müßten heute die Belange einer naturnahe geführten Land- und Forstwirtschaft rangordnungsmäßig an erster, die der Industrie erst an dritter Stelle stehen.

Zu 5.) :

Eng in diesen Zusammenhang gehört die Tatsache, daß durch die vorliegenden Pläne der Erhaltung bzw. Wiederherstellung einer gesunden und dauernd krisenfesten Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstruktur unseres Bundeslandes genau entgegen gewirkt wird. Anstatt die ländlichen Randgebiete, vor allem das Mühlviertel und Innviertel wirtschaftlich zu stärken, anstatt die heimatliebende bäuerliche Bevölkerung, die auf gewerblichen industriellen Nebenerwerb angewiesen ist, durch die Schaffung von dezentralisierten und nicht übertechnisierten kleineren Betrieben aller Art - sowie durch Stärkung und Ausbau der kulturellen Infrastruktur - in ihren ländlichen Heimatgebieten zu erhalten und dort wirtschaftlich zu festigen, wird ein Teil

dieser Bevölkerung in den bereits weit überlasteten Zentralraum - auf überdies unsichere Arbeitsplätze (siehe unten) - gelockt, dadurch das Pendlerproblem noch verschärft und die Landgebiete entwertet und verödet. Die Kulturlandschaft und die entfernteren Erholungsgebiete der Städte werden damit von Arbeitskräften entblößt und vielfach der Verwilderung anheim gegeben.

Zu 6.):

Entscheidend aber scheint uns bei diesen Erwägungen - neben den für die Wohnbevölkerung, für die Landwirtschaft und den gesamten Naturhaushalt katastrophalen Folgen der vorliegenden Planung, - daß die damit angestrebten wirtschaftspolitischen Ziele (Strukturverbesserung der Wirtschaft und Schaffung neuer sicherer Arbeitsplätze) entweder ü b e r h a u p t n i c h t oder nicht in sinnvoller Weise, keinesfalls aber nachhaltig erreicht würden; die vorgesehenen riesigen Investitionen wären daher nicht nur vom ökologischen und gesundheitspolitischen, sondern auch vom rein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt betrachtet ausgesprochene F e h l i n v e s t i t i o n e n :

a) Sogar die zusammenfassende Stellungnahme der "Planungsgruppe Raumordnung und Städtebau" weist (auf Seite 77) darauf hin, daß das vorliegende Gestaltungsmodell von der keineswegs unbestrittenen Annahme gleichbleibenden Wirtschaftswachstums (auf innerstaatlicher und internationaler Ebene) sowie der weiteren Steigung der Arbeitskapazität im s e k u n d ä r e n Bereich ausgeht. Die internationale Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre zeigt aber ebenso wie die unwiderlegbaren Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen von Einzelwissenschaftlern oder Forschungsteams, daß diese Annahme sich als gänzlich falsch erwiesen hat.

b) Die Methode, die Entwicklung der letzten Jahrzehnte einfach auf zukünftige Jahre zu projizieren ist als Berechnungs- und Planungsgrundlage gänzlich unbrauchbar. Das Wirtschaftswachstum verringert sich zwangsläufig - wenn auch sehr differenziert in den einzelnen Ländern und den verschiedenen Wirtschaftszweigen. Das Arbeitskräfteangebot neigt immer mehr dem t e r t i ä r e n Sektor zu. Ebenso ändert sich ~~sich~~ das Konsumverhalten; früher oder später tritt ein Sättigungsgrad sowohl hinsichtlich des echten Bedarfes als auch besonders hinsichtlich des durch Reklame und Manipulation vorübergehend

künstlich aufgeblähten Schein-"Bedarfes" ein. "Schwierigkeiten der Roh-stoffbeschaffung und Energiegewinnung können eine Änderung der Zielvorstellung für den Planungsraum zur Folge haben." (Wörtliche Zitierung der "Planungsgruppe").

c) Auf Grund dieser Tatsachen scheint es uns völlig verfehlt, für einen unbestritten n u r v o r ü b e r g e h e n d erhöhten Bedarf an Arbeitsplätzen und bei stagnierender, ja sogar sinkender Bevölkerungszahl mit ungeheurem Kapitalaufwand riesige Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen vorzunehmen, wodurch die Krisenanfälligkeit unserer Wirtschaft äußerst erhöht würde. Die schweren Wirtschaftskrisen der letzten Jahre mit hoher Arbeitslosigkeit gerade in den bedeutendsten Industriestaaten mit größter Kapitalausstattung und höchstem Energieverbrauch (USA, Bundesrepublik, England usw.) beweisen dies eindeutig. - Nach dem vorliegenden Modell aber sollen allein die vorgesehenen Investitionen der VÖEST rund 20 Milliarden Schilling erfordern und im Endstadium - erst lange n a c h der Zeit des Spitzenbedarfes an Arbeitsplätzen - insgesamt 15.000 bis maximal 20.000 Arbeitsplätze bringen. Das heißt, daß die Investitionskosten für e i n e n Arbeitsplatz sich auf über 1 Million Schilling belaufen. Auch die höchst umweltbelastenden und kapitalintensiven Ausbaupläne der Chemie Linz AG würden sogar nur 3.500 bis 5.000 Arbeitsplätze bringen, und zwar ebenfalls erst in 15 Jahren.

d) Der Absatz der dadurch erzielten zusätzlichen Produktion, vor allem der Schwerindustrie, der vorwiegend nur auf den internationalen Weltmärkten und nur zu einem Bruchteil im Inland möglich wäre, ist alles weniger als gesichert. Da die seit Jahrzehnten primär in die Entwicklungsländer gelieferten Produkte unserer Schwerindustrie weit überwiegend in Investitionsgütern zur Schaffung eigener Industriekapazitäten für die dortige Schwerindustrie bestanden und bestehen, so ist nach deren Anlaufen früher oder später unvermeidlich mit einer Reduzierung unserer diesbezüglichen Exportmöglichkeiten zu rechnen. Dazu kommt, daß durch die oben erwähnten Erfordernisse der Umwelthygiene, selbst wenn ihnen nur teilweise und unzureichend entsprochen wird, die Investitionskosten sowie die Kosten des laufenden Betriebes sich empfindlich erhöhen, und dadurch die Absatzmöglichkeiten im internationalen Konkurrenzkampf noch unsicherer werden würden. Schließlich kämen zu den an sich schon riesigen unmittelbaren Inve-



stitutionen noch die bedeutenden Kosten der Entschädigung für die abzusiedelnde Bevölkerung (siehe oben) und die Schaffung neuen Wohnraumes samt Infrastruktur, als Faktoren der weiteren Produktionskostensteigerung oder als von der Allgemeinheit zu tragender volkswirtschaftlicher Verlust hinzu.

e) Zusammenfassend: Gerade auf dem Sektor der äußerst kapitalintensiven Schwerindustrie wäre daher die Erhaltung und Sicherung **b e - s t e h e n d e r** Arbeitsplätze weitaus wichtiger und sinnvoller als der Versuch, mit unverhältnismäßigem volkswirtschaftlichem Aufwand unsichere neue Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftsbereich zu schaffen. Denn es scheint uns nicht verantwortbar, zur Schaffung von relativ wenigen (höchstens 30.000) unsicheren Arbeitsplätzen die Umwelt für viele Hunderttausende schwer zu beeinträchtigen.

Zu 7.):

Als A l t e r n a t i v e zu diesen u.E. verfehlten Plänen scheinen uns folgende reale Möglichkeiten gegeben:

A) Anstatt der bevorzugten Förderung und Planung einer weiteren Zentralisierung unserer Wirtschaft in räumlicher und branchenmäßiger Hinsicht (Zentralraum, Bevorzugung der Schwerindustrie und chemischen Industrie) müßte die wirtschaftspolitische Förderung von Betriebsneugründungen oder Betriebserweiterungen und die entsprechende Raumordnung und Strukturplanung u.E. nach folgenden Gesichtspunkten durchgeführt werden:

- a) Räumliche Dezentralisation: Ausrichtung auf eine polyzentrische Wirtschaftsstruktur unseres Bundeslandes; Verteilung von vorwiegend mittleren und kleineren Betrieben auf günstige Standorte in sämtlichen Bezirken mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlich schwachen Randgebiete.
- b) Sachlich-fachliche Vielseitigkeit: Verteilung der neu zu gründenden und zu fördernden Betriebe auf möglichst viele Wirtschaftszweige des sekundären und tertiären Sektors (Landwirtschaft siehe lit. h) mit besonderer Bevorzugung umweltfreundlicher Produktionszweige und Betriebsformen.

Eine auf **v e r s c h i e d e n e** Produktionszweige und Dienstleistungsarten ausgerichtete Wirtschaft garantiert wesentlich größere Krisenfestigkeit !

- c) Förderung von arbeitsintensiven Betrieben und Produktionen anstatt von kapital- und energieintensiven; in diesem Sinne auch weitgehende Förderung von Kleintechnologien (auch im Erfindungswesen), die sich auf vielen Gebieten der Großtechnik gegenüber als keineswegs unterlegen erwiesen haben. (Siehe A.E. Schumacher "Es geht auch anders - Technik und Wirtschaft nach Menschenmaß")

Ein aktuelles Beispiel dafür wäre die großzügige Förderung von privaten Kleinanlagen zur Nutzung der Sonnenenergie für die Deckung eines Großteils des Wärmebedarfes von privaten Haushalten, wie sie bereits mancherorts erfolgreich in Betrieb sind; weitere Beispiele, wie auf verschiedenen Gebieten durch eine Vielzahl landschafts- und naturschonender kleintechnischer Anlagen in der Summe große wirtschaftliche Effekte erzielbar wären, könnten noch zahlreich angeführt werden.

- d) Ausrichtung unserer Wirtschaft auf langfristige echte Bedarfsdeckung, statt auf kurzfristige Weckung unechten Bedarfes durch übersteigende Reklame und Förderung des Prestige-Denkens und der Großmannsucht.
- e) Förderung der Erzeugung von lang haltbaren Dauerwaren, statt von Wegwerfgütern.
- f) Neugründung und Erweiterung von Produktionsstätten (a - e) vorwiegend für den ständigen inländischen Bedarf; für die Exportwirtschaft nur dort, wo durch langfristige Verträge und durch die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Handelspartners sowie die Gegenseitigkeit der Handelsbeziehungen der Export auf viele Jahre gesichert ist.
- g) Stützung und Förderung von über das ganze Land verteilten mittleren und kleinen, konsumnahen Handelsbetrieben gegenüber den "Supermärkten".
- h) Besondere Förderung von kleinen Fremdenverkehrsbetrieben, vor allem auch außerhalb der "Fremdenverkehrs-Zentren" sowie der wertvollen Aktion "Urlaub am Bauernhof" und der "Erholungsdörfer".
- i) Hilfen zur Stärkung mittlerer und kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe mit vielseitigen Produktionszweigen. Besondere Förderung der heute von einer immer breiteren Konsumentenschicht gewünschten Produktionsweise mit geringstmöglicher Verwendung von Handelsdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln (Bioziden). Ermöglichung derartiger besonders arbeits-intensiver Produktionsweisen durch neuartige Subventionsmethoden (siehe Pkt. B). Schaffung sonstiger

Anreize für landwirtschaftliche Berufe und für den ländlichen Raum (vor allem auf kulturellem Gebiet).

B) Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erreichung der oben gekennzeichneten Wirtschafts- und Betriebsstrukturen:

Neben der Bereitstellung von günstigen Krediten, Steuererleichterungen mit gezielter starker Differenzierung und entsprechender Tarifpolitik (Energie, Verkehr usw.), günstiger Beschaffung von aufgeschlossenen oder aufschließbaren Grundstücken, vor allem die Gewährung von nicht rückzahlbaren Förderungsmitteln (Subventionen), wobei besonders in der Landwirtschaft, aber auch in gewerblichen Produktionsbetrieben statt den bisher üblichen Produkt-Subventionen **L o h n k o s t e n - Z u s c h ü s s e** gewährt werden müßten, um Produktionszweige, die wegen der teuren Arbeitskräfte unrentabel wären, wirtschaftlich zu machen, und so gleichzeitig zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Derartige Lohnkosten-Subventionen - gerade für teils nur zeitweise Erfordernisse an zusätzlichen Arbeitsplätzen käme gesamtwirtschaftlich weitaus billiger als die Schaffung von großindustriellen Anlagen, deren Kapazität möglicherweise wegen Exportschwierigkeiten und wegen Umgliederung des inländischen Bedarfes in Zukunft nur unzulänglich ausgenutzt würde, die durch ihre Errichtung bedingte Landschaftszerstörung aber kaum reversibel wäre.

Bei Schaffung von Arbeitsplätzen in der oben von uns angeregten, räumlich dezentralisierten und branchenmäßig vielfältig differenzierten Weise mit geringstmöglichem Kapitalbedarf würde unserer Wirtschaftsstruktur die notwendige Anpassungsfähigkeit und Elastizität für heute noch nicht absehbare Möglichkeiten und Erfordernisse der Zukunft gesichert.

C) Außer diesen vielfachen Möglichkeiten der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch gezielte, vorsichtig lenkende Förderungsaktionen in allen drei Hauptbereichen der Wirtschaft, der Urproduktion, der Veredelungs-Produktion sowie des Dienstleistungs-Sektors (gleichgültig ob die betreffenden Betriebe der Privatwirtschaft oder der öffentlichen Hand gehören oder gemischtwirtschaftlich geführt werden) sehen wir noch eine Reihe von wichtigen Großaufgaben und Aktionen, die im Interesse modernen Umweltschutzes dringend nötig wären. Sie

müßten primär von der öffentlichen Hand teils auf der Ebene des Staates, teils der Länder, teils der Gemeinden bzw. in deren Zusammenwirken durchgeführt werden und würden Arbeitskräfte aller Qualifikationsgrade benötigen. Auf diese Weise könnten wahrscheinlich nicht nur die infolge der derzeitigen statistischen Altersgliederung unserer - bereits stagnierenden - Bevölkerung vorübergehend den Arbeitsmarkt belastenden, zuwachsenden Arbeitskräfte, sondern auch jene, die durch die bewußt anzustrebende Einschränkung manipulationsbedingten sinnlosen Überkonsums und dessen meist besonders umweltschädigender Produktion und Abfallwirtschaft freiwerdenden Kräfte leicht wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden.

Nur beispielsweise und nur schlagwortartig seien einige dieser Aufgaben angeführt:

a) Zur Reinhaltung bzw. Wiedergesundung unserer Gewässer die Parallel-Kanalisation von Bächen, Flüssen und Seen und die Errichtung vollbiologischer Kläranlagen entsprechender Anzahl und Größe.

b) Einrichtungen zur getrennten Erfassung der verschiedenen Arten des Mülls und dessen weitgehende Wiederverwertung, um das Müllproblem - außer durch Maßnahmen zur Verringerung des Müllanfalles (Dauerprodukte statt Wegwerfwaren) - in umweltfreundlicher und wirtschaftlich sinnvoller Weise zu lösen. Diese sowohl organisatorisch wie auch technisch schwierige Aufgabe würde ebenfalls Arbeitskräfte verschiedenster Ausbildung benötigen.

c) Großzügiger Ausbau und attraktive Modernisierung der öffentlichen Verkehrsmittel mit entsprechend reichlichem und dichtem Verkehrsangebot auf Bundes-, Landes- und Städteebene, um die Rückführung der Hypertrophie des Individualverkehrs und des Straßenbaues auf die ihm sinnvoll zukommende Funktion erleichtern.

Diesbezüglich soll keineswegs übersehen werden, daß sowohl von seiten des Bundes (Taktfahrplan auf den Bahn-Hauptstrecken und intensiver Postautobus-Verkehr) als auch in den Städten (besonders in Linz durch großzügigen modernen Ausbau von Straßenbahn- und Obuslinien) bereits sehr viel geschieht; jedoch sehen wir darin nur sehr begrüßenswerte erste Ansätze, deren äußerst beschleunigte Weiterführung nicht nur Kapital, sondern auch viele Arbeitskräfte beanspruchen würde.

d) Im Bereich der Bundespost: Intensiver weiterer Ausbau des Telefonnetzes mit entsprechender Leitungsverdichtung, um dieses besonders

umweltfreundliche moderne Kommunikationsmittel gerade auch für entfernte Landgebiete erschwinglich und durch Vermeidung der Dauerüberlastung des Fernleitungsnetzes auch wirklich benützlich zu machen. Daneben die Wiederherstellung eines ausreichenden Kundendienstes aller Teilbetriebe der Post (z.B. Auskunft- und Störungsdienst beim Telefon, ebenso aber Brief- und Telegrammzustellung usw.), was bis jetzt vor allem am Arbeitskräftemangel scheiterte.

e) Durch die derzeit gänzlich unzureichende personelle Besetzung verschiedener Polizei- und Gendarmeriedienststellen werden laufend Menschenleben und menschliche Gesundheit und Unversehrtheit im Straßenverkehr hingeopfert, weil eine einigermaßen wirksame Verkehrsüberwachung zur Erzwingung der Einhaltung der Sicherheitsvorschriften und durch Ausschaltung der Verkehrsrowdies durch radikale Maßnahmen derzeit unmöglich ist. Desgleichen würde ein verstärkter Kampf gegen die wachsende allgemeine Kriminalität zahlreiche und gut ausgebildete zusätzliche Kräfte erfordern.

f) Darüber hinaus gäbe es im Bereich der gesellschaftspolitischen Verpflichtungen der Gemeinschaft hinsichtlich Erziehung und Bildung (vom Kindergarten bis zur Hochschule) und der Betreuung von Kranken und Alten in Spitälern und Altersheimen oder durch Organisation der Heimhilfe zahlreiche zu erweiternde Aufgaben für größtenteils hochqualifizierte Kräfte.

Soweit nur einige Beispiele.

Die Inangriffnahme bzw. die Intensität der Bewältigung all dieser und ähnlicher teils technischen, teils organisatorischen, teils rein humanitären Aufgaben könnte sich nach dem anfallenden Arbeitskräftepotential richten und so auch die damit entstehenden Probleme lösen.

Als summarische Quellenangabe zu dieser Denkschrift dürfen wir darauf hinweisen, daß alle diese Überlegungen und Vorschläge auf einer bereits sehr ausgereiften und umfassenden Literatur beruhen, auf die sich auch das beim österreichischen Naturschutztag 1975 beschlossene, von Univ.Doiz.Dr. Lötsch ausgearbeitete "Ökologische Manifest" (siehe Beilage) stützt, das den vorliegenden Ausführungen großteils zugrundegelegt ist. Von dieser sehr zahlreichen Literatur seien nur zwei Standardwerke angeführt, weil in diesen bereits die Ergebnisse früherer diesbezüglicher Publikationen verarbeitet und z.T. zitiert sind:

"Es geht auch anders - Technik und Wirtschaft nach Menschenmaß" von A.E.Schumacher, worin sich der Verfasser in seinen sehr konkreten wirtschafts-politischen Vorschlägen auch auf praktische Erfahrungen kleinerer Arbeitsgruppen in England und einigen

Entwicklungsländern stützte, - und "Auswege in die Zukunft - was kommt nach der Konsumgesellschaft" der bekannten österreichischen Autoren, Statistiker und Zukunftsforscher, Prof. Dr. Bruckmann und Dr. Swoboda, worin besonders auf mitteleuropäische Verhältnisse bezogene, gleichfalls sehr konkrete und fundierte Alternativen aufgezeigt werden.

- - - - -

Abschließend dürfen wir uns nur noch folgende Bemerkung erlauben: Sicherlich enthält das vorliegende "Gestaltungsmodell Linz - Enns - Perg" hinsichtlich der Umweltbelastung entscheidende Verbesserungen gegenüber den ursprünglichen Plänen, die eine fast lückenlose Vollindustrialisierung des betreffenden Raumes und darüber hinaus vorsahen. Die Trennung der beiden Größtbetriebe durch eine noch zu schaffende Schutzwaldzone und andere kleine Verbesserungen würden das Übel sicherlich etwas verringern, doch keineswegs aufheben. Die Erhaltung eines möglichst großen Teiles des natürlich gewachsenen Waldes der Auegebiete mit ihren auch von zuständigen Stellen und Schriften des Amtes der O.Ö. Landesregierung betonten wertvollen biologisch-ökologischen Funktionen scheint uns für den ohnedies jetzt schon schwer belasteten und klimatisch besonders ungünstigen Linzer Großraum entscheidend. Jede Zunahme oder Vergrößerung von schwerindustriellen Großbetrieben mit ihren - wenn auch noch so weit verteilten und verdünnten Emissionen - aber nicht zu verantworten.

Sicherlich setzen die von uns vorgebrachten Überlegungen und Vorschläge ein sehr tiefgreifendes wirtschaftspolitisches Umdenken voraus. Wir sind jedoch überzeugt, daß dieses Umdenken auf Grund der jüngsten Erkenntnisse und Entwicklungen unvermeidlich und im Verantwortungsbewußtsein gegenüber der körperlichen und seelischen Gesundheit unserer Generationen sowie gegenüber künftigen Generationen unbedingt nötig ist.

Wir appellieren daher an alle Mitglieder des Raumordnungsbeirates, das Gesamtkonzept für die Raumordnung unseres Bundeslandes im Sinne der vorliegenden wirtschaftspolitischen, ökologischen und gesundheitspolitischen Überlegungen zu revidieren.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

  
(Dipl. Ing. Friedrich Witzany)  
Vorsitzender

  
(Dr. Fritz Roschall)  
Vorsitzender - StV.